

Datenschutz-Informationen des ver.di Sozialverein e. V. für Antragsteller (und deren Haushaltsangehörige und Mitreisende) im Hinblick auf Zuschüsse zum Erholungsurlaub nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Der Antrag auf Zuschüsse zum Erholungsurlaub durch den ver.di Sozialverein sowie die Entscheidung über diesen Antrag und die Zahlung der Zuschüsse erfordert die Verarbeitung personenbezogener Daten. In diesem Dokument finden sich nähere Information über die Datenverarbeitung und Rechte der betroffenen Personen. Personenbezogene Daten sind alle Daten, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person beziehen, also z.B. ein Name, Kontaktdaten, die Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Angaben zu Einkommen und Vermögen. Soweit im Rahmen der Antragstellung nicht nur Daten des Antragstellers, sondern auch Daten von Haushaltsangehörigen und Mitreisenden erhoben werden, richten sich diese Datenschutzinformationen gleichfalls an die Haushaltsangehörigen und Mitreisenden des Antragstellers und sind diesen von dem Antragsteller zugänglich zu machen.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen i.S.d. Artikel 4 Nr. 7 DS-GVO

Der Verantwortliche i.S.d. Artikel 4 Nr. 7 DS-GVO ist der ver.di Sozialverein e. V. (Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin; Telefon (0 30) 69 56 – 2450; Fax (0 30) 69 56 - 37 15; E-Mail info@verdi-sozialverein.de).

2. Kontakt in Bezug auf Datenschutz

Der ver.di Sozialverein e. V. hat in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der DS-GVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) keinen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellt. In Datenschutzangelegenheiten können betroffene Personen sich wenden an:

Vorstand ver.di Sozialverein e.V., Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, E-Mail: info@verdi-sozialverein.de

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die personenbezogenen Daten, die wir über Ihren Antrag auf Zuschuss zu einer Erholungsreise erheben, werden wir verarbeiten, um über Ihren Antrag zu entscheiden, diese Entscheidung zu dokumentieren und ggf. den Zuschuss zu gewähren.

4. Herkunft der Daten

Personenbezogene Daten werden bei dem Antragsteller erhoben. Dies gilt auch für den personenbezogenen Daten der Mitreisenden und Haushaltsangehörigen.

5. Kategorien verarbeiteter Daten

Die erhobenen Daten ergeben sich aus dem Antragsformular. Von Mitreisenden und Haushaltsangehörigen werden Namen, Geburtsdaten, die Gewerkschaftszugehörigkeit, ggf. die Personalnummer und (ausschließlich in Bezug auf Haushaltsangehörige) Einkommensdaten erhoben.

6. Rechtsgrundlagen, berechnete Interessen

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Antragstellers ist zum einen die Einwilligung, die im Rahmen der Antragstellung erklärt wird (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. a DS-GVO). Dies betrifft die Verarbeitung der Angabe zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ver.di sowie der weiteren im Antrag angegebenen Daten des Antragstellers. Im Übrigen erfolgt die Verarbeitung der Daten des Antragstellers zur Anbahnung, zum Abschluss und zur Erfüllung eines Vertrages und basiert insofern auf Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. b DS-GVO. Die Verarbeitung der zu Mitreisenden und Haushaltsangehörigen verarbeiteten personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund berechtigter Interessen. Rechtsgrundlage ist insofern Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. f DS-GVO. Das berechnete Interesse des ver.di Sozialvereins liegt darin, den Zuschuss nur Berechtigten und Bedürftigen im Rahmen seiner gemeinnützigen Tätigkeit zu gewähren. Die Erhebung der Daten der Mitreisenden und Haushaltsangehörigen ist für die Feststellung und Dokumentation der Berechnung und Bedürftigkeit erforderlich. Sie erfolgt insoweit auch im

berechtigten Interesse des Antragstellers, der im Verhältnis zu dem Verantwortlichen einerseits und den Mitreisenden und Haushaltsangehörigen andererseits ein sogenannter Dritter ist, dessen überwiegende Interessen ebenfalls die Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. f DS-GVO begründet. Das berechtigte Interesse des Antragstellers liegt darin, den Zuschuss zu erhalten.

7. Kriterien für die Speicherdauer

Soweit die Rechtmäßigkeit der Speicherung auf dem Bestand der berechtigten Interessen des Verantwortlichen und des Antragstellers beruht, ist der Bestand der Interessen des Verantwortlichen und des Antragstellers das maßgebliche Kriterium für die Speicherdauer.

Soweit die Speicherung ausschließlich auf einer Einwilligung beruht, führt ein wirksamer Widerruf der Einwilligung in der Regel dazu, dass die Daten gelöscht werden.

In Bezug auf die Datenverarbeitung für die Durchführung des Vertrages richtet sich die Speicherdauer nach der Dauer der Vertragsbeziehung sowie dem Bestehen wechselseitiger Ansprüche unter Berücksichtigung von Verjährungsfristen.

Der Löschung können rechtlich verbindliche Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Sofern z. B. personenbezogene Daten in Buchungsbelegen und Geschäftsbriefen enthalten sind, werden diese entsprechend den Aufbewahrungsfristen nach § 147 AO mindestens für 10 bzw. 6 Jahre gespeichert.

8. Empfänger und Kategorien von Empfängern

Zu den Kategorien von Empfängern Ihrer personenbezogenen Daten können zählen:

- Der ErholungsWerk Post Postbank Telekom e.V., der an dem Verfahren der Antragsstellung und Zuschussgewährung im Auftrag des Verantwortlichen mitwirkt.
- Behörden (insbesondere solche der Finanzverwaltung);
- Externe Dienstleister, die für uns Dienstleistungen im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen oder sonstigen Dienstleistungsverträgen erbringen (z.B. IT- Dienstleistungen; Bankdienstleistungen; Durchführung von Geld-Überweisungen, Kommunikationsdienstleistungen oder die Vernichtung von Datenträgern); zu diesen zählen:
 - Microsoft Ireland Operations, Ltd., One Microsoft Place, South County Business Park, Leopardstown, Dublin 18, D18 P521, Irland
 - ISO Travel Solution Solution GmbH, Eichendorffstraße 33, 90411 Nürnberg
 - Gerald Hübschmann Unternehmensberatung GmbH, Haundorfer Str. 25, 91056 Erlangen
- Gerichte im Rahmen von Rechtsstreitigkeiten und sonstigen rechtlichen Auseinandersetzungen; Rechtsanwälte im Rahmen von Rechtsstreitigkeiten und sonstigen rechtlichen Auseinandersetzungen sowie der Rechtsberatung; Wirtschaftsprüfer, Steuerberater.

9. Übermittlung in Drittstaaten

Eine sonstige Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in andere Staaten außerhalb der Europäischen Union ist nicht beabsichtigt, aber auch – sofern diese rechtmäßig ist – nicht ausgeschlossen.

10. Rechte der betroffenen Personen

a. Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit

Dem Antragsteller sowie den Mitreisenden und Haushaltsangehörigen (im Folgenden auch „betroffene Personen“) stehen nach der DS-GVO u. a. die folgenden Betroffenenrechte zu:

- **Art. 15 DS-GVO: Auskunftsrecht der betroffenen Person**
Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DS-GVO besteht u.a. das Recht, Auskunft darüber zu erhalten, welche personenbezogenen Daten durch den Verantwortlichen verarbeitet werden.
- **Art. 16 DS-GVO: Recht auf Berichtigung**
Sollten personenbezogene Daten nicht richtig oder unvollständig sein, können betroffene Personen unter den Voraussetzungen des Art. 16 DS-GVO die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung unvollständiger Angaben verlangen.
- **Art. 17 DS-GVO: Recht auf Löschung**
Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO können betroffene Personen die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.
- **Art. 18 DS-GVO: Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO können betroffene Personen die Einschränkung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen.
- **Art. 20 DS-GVO: Recht auf Datenübertragbarkeit**
Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO können betroffene Personen personenbezogenen Daten, die sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen.

Die näheren Voraussetzungen der vorgenannten Ansprüche ergeben sich aus der Datenschutz-Grundverordnung und dem Bundesdatenschutzgesetz.

b. Widerspruch gegen bestimmte Verarbeitungen gemäß Art. 21 DS-GVO, Widerspruch in Bezug auf die werbliche Nutzung personenbezogener Daten

Soweit der Verantwortliche die Verarbeitung personenbezogener Daten auf eine Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. e bzw. f DS-GVO) stützt, können betroffene Personen aus Gründen, die sich aus ihrer jeweiligen besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen. Bei Ausübung eines solchen Widerspruchs bittet der Verantwortliche um Darlegung der Gründe, aus denen er ihre personenbezogenen Daten nicht wie von ihm durchgeführt verarbeiten sollte. Im Falle Ihres begründeten Widerspruchs wird die Sach- und Rechtslage geprüft und der Verantwortliche wird entweder die Datenverarbeitung einstellen bzw. anpassen oder der betroffenen Person zwingenden schutzwürdigen Gründe aufzeigen, aufgrund derer die Verarbeitung fortgeführt wird.

Dieser Widerspruch kann schriftlich oder per E-Mail mithilfe der obengenannten Kontaktdaten erklären.

c. Beschwerden bei der Aufsichtsbehörde

Ferner haben betroffene Personen das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer Daten nicht rechtmäßig erfolgt (Art. 77 DSGVO). Die Anschrift der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde lautet: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, Tel.: +49 (0)30 13889-0, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de.

11. Einwilligungserklärungen, Widerruf

Die Einwilligungserklärung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt berührt. Unberührt bleibt ggf. gleichfalls die Zulässigkeit der Verarbeitung der Daten auf Basis anderer Rechtsgrundlagen. Ohne die Einwilligungserklärung zur Verarbeitung der Angabe zu Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, kann jedoch über den Antrag nicht entscheiden und ein Zuschuss nicht gewährt werden.

12. Gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Der Antragssteller ist weder vertraglich und gesetzlich verpflichtet, personenbezogene Daten zur Verfügung zu stellen. Ohne die Angabe personenbezogener Daten ist jedoch eine Entscheidung über den Zuschuss nicht möglich.

13. Automatisierte Entscheidungsfindung/Profiling

Automatisierte Entscheidungsfindungen, also Entscheidungen, die ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhen, sind auf Basis Ihrer personenbezogenen Daten derzeit ebenso wenig geplant wie ein sogenanntes Profiling. Profiling ist jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten, die darin besteht, dass personenbezogenen Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten, insbesondere um Aspekte bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftliche Lage, Gesundheit, persönliche Vorlieben, Interessen, Zuverlässigkeit, Verhalten, Aufenthaltsort oder Ortswechsel dieser natürlichen Person zu analysieren oder vorherzusagen.

Stand: Mai 2026